Historische Tatsachen Nr. 121

Anthony Schlingel

Herrschaftssystem = "Volksdemokratie"



<u>Titelbjld:</u> Natlonalzeitung, München 8 11 2013 S 1

Der Meinungskonsens unter den ursprünglich von Besatzers Gnaden lizensierten "Volks-Parteien" gipfelt mittlerweile mit Applaus von "Linken" und "Grünen" im gemeinsamen Wunsch nach einem "Volksaustausch zugunsten fremder Kulturbereicherer" für das angeblich kulturell so "rückständige" Deutschland.

Jüngste Beispiele der gegenwärtigen Repräsentanten:

Bundespräsident Joachim Gauck

empfahl in einem Interview am 25.8.2013 gemäß des Kriegsplanes von US-**Prof. Earnest Albert Hooton** zwecks genetischer Umvolkung des deutschen Volkes:

"Ich ermuntere die Parteien, verstärkt um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu werben und sie für ein Engagement in der Politik zu gewinnen. Wir alle profitieren, wenn Frauen und Männer mit ganz unterschiedlichen Wurzeln ihre Erfahrungen auch in die Parlamente einbringen. Außerdem wäre es ein wichtiges Zeichen, daß alle Bürger, egal woher sie, ihre Eltern oder Großeltern kommen, zu diesem Land gehören und es mitgestalten." ⁽¹⁾

Kanzlerin Angela Merkel hat laut Presssebericht am 28.8.2013 auf der Suche nach einem neuen Wahlvolk im türkischen Fernsehen um die Stimmen türkischstämmiger Wähler zur Bundestagswahl geworben. Im Sender TGRT Europe stellte die Kanzlerin weitere Visa-Erleichterungen für Türken bei Reisen in die Bundesrepublik in Aussicht.

Außerdem rief sie die Türken in der Bundesrepublik auf, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, um dann alle Bürgerrechte wie das Wahlrecht in Anspruch nehmen zu können.⁰¹⁾

Anthony Schlingel

Herrschaftssystem = "Volksdemokratie"

The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

"Das konsequente Vorgehen der staatlichen Behörden gegen die Rechtsextremisten hat deren legale Aktionsmöglichkeiten weitgehend lahmgelegt."

Dieses Bekenntnis des Bundesverfassungsschutzpräsidenten findet sich in der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 15.9.1995, S. 1

Kein Verantwortlicher dieser Rechtsbrecher wurde bisher zur Rechenschaft gezogen.

Copyright by THE BARNES REVIEW (TBR Co)

P.O. Box 15877 Washington D.C. 20077-0934 -- USA 2016

available at: Barnes Review UK
P.O. Box 243 Uckfield East Sussex TN 22 9AW, Britain

Bezug in der BRD: Barnes Review GER c/o Roermonder-Str. 279, D-41068 M.Gladbach, BRD

barnes.review@gmail.com

Bundeskanzler Helmut Kohl

"Ich schäme mich als Deutscher. ...

Auch die nachgeborenen Deutschen haben nicht das Recht, sich der gemeinsamen Haftung für das im deutschen Namen begangene Unrecht zu entziehen."

Münchner Merkur, 16.12.1995.

Inhalt

Volksdemokratie" mit "Volksdemokraten"	3
Literaturvernichtung der "Befreier"	.4
Vorgeschichte des ev. Schuldbekenntnisses	.6
"Die Richter sind unabhängig"	
Rechtfindung bei "NS-Tätern"	
Mord ist nicht gleich Mord	
Kanzler-Bilanz 1982 - 1998	10
"Volksdemokratie" in Folgegeneration	12
Abschaffung des deutschen Volkes?	14
Mitteilung des Arndt-Verlages	
Banken dürfen Konten kündigen	16
Ein bedeutsames Flugblatt	17
Rechts- + Kulturbereicherung + Brief an Westerwelle	
UNO-Menschenrechtsdeklaration Juli 2011	
Entrechtung des deutschen Volkes	
Anzeige gegen Bundesjustizministerin	
§ 130 StGB schon 2009 als rechtswidrig festgestellt 2	
Bedeutender Neujahrsaufruf	
"Volksdemokraten" bekämpfen jede nationale Regung2	
Preis für Bedienungsverweigerung	
Verhinderte Versammlungen	
Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit ausgehebelt	
Zensur für deutsches Liedgut	
Ausweitung der Zensur auf Internetangebot	
Behörden-+Gerichtsverdikte gegen Udo Walendy 3	
Rechtspraxis gegen <i>HT</i> Nr. 101, 22, 106, 108	
"Justizfarce wegen 1½ Seiten"	
Bemerkenswertes von Gilad Atzmon	10